

**Fragestunde
gemäß § 48 der Geschäftsordnung
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 20.05.2021**

<p>Nr. 1</p>	<p>Dr. Eckhard Müller AfD</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>In der jüngsten Sitzung des Städteausschusses Mainz-Wiesbaden bezifferte SEG-Geschäftsführer Roland Stöcklin das Defizit, das die geplante Entwicklung des Ostfelds der Stadt Wiesbaden einbringen würde, auf 72 Millionen Euro. Wie wir wissen handelt es sich bei dieser Zahl jedoch lediglich um das „Best-Case-Szenario“. Das von der Stadt selbst erstellte Worst-Case-Szenario sieht hingegen ein mögliches Defizit von über 150 Millionen Euro vor.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Worauf baut der Optimismus der SEG, dass das Defizit lediglich 72 Millionen € betragen werde? 2. In welcher Weise wird die SEG für den Fall vorsorgen, dass das Defizit wider Erwarten deutlich höher ausfallen sollte? 3. Die Kooperation plant, zum Ausgleich des Defizits Rückstellungen über einen Zeitraum von 18 Jahren vorzunehmen. Mit welcher jährlichen Summe wird derzeit gerechnet? Welches Szenario wurde bzw. wird der Berechnung zu Grunde gelegt?
<p>Nr. 2</p>	<p>Roman Bausch AfD</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Mit der Verteilung ihrer Fraktionszeitung in die Wiesbadener Haushalte Ende Januar 2021 hat die CDU-Fraktion die Empfehlungen der hessischen Revisionsämter zur Vermeidung verdeckter Parteienfinanzierung innerhalb der engeren Vorwahlzeit missachtet.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Hat die CDU-Fraktion die Fraktionszeitung teilweise oder ganz aus Fraktionsmitteln bezahlt und falls ja, hat das Revisionsamt die CDU-Fraktion bereits zur Rückerstattung dieser Mittel an die Landeshauptstadt Wiesbaden aufgefordert oder wird das Revisionsamt dies noch tun? 2. Wie hoch ist der Betrag, den die CDU-Fraktion für die Fraktionszeitung aus Fraktionsmitteln bezahlt hat? 3. Wie hoch ist der Betrag, den das Revisionsamt in diesem Zusammenhang bei der CDU-Fraktion beanstandet hat oder beanstanden wird? 4. Bis wann muss die CDU-Fraktion den beanstandeten Betrag gegebenenfalls an die LHW zurückerstatten?

<p>Nr. 3</p>	<p>Monika Giesa AfD</p> <p>Dez. VI z.w.V.</p>	<p>Im November 2018 wurde auf Initiative der AfD-Rathausfraktion die Einrichtung einer „Meldestelle gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ beschlossen. Einrichtung u. Betrieb der Stelle wurden der „Bildungsinitiative Spiegelbild“ anvertraut, der dazu im Doppelhaushalt 2020/21 eine Förderung von 102.600 €/108.000 € zugeteilt wurde. Laut eines Magistratsberichts vom 10.02.2021 ist für den Doppelhaushalt 22/23 eine Erhöhung dieser Förderung um 58.000 € pro Jahr beantragt; auch soll die sogenannte „Anlaufstelle Antisemitismus“ um eine „Beratungsstelle“ ergänzt werden, deren Kosten mit 85.000€/Jahr beziffert werden.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. In welcher Weise wird die Arbeit der „Anlaufstelle“ durch ihren Träger dokumentiert und vom Magistrat evaluiert? 2. Welchen Mehrwert erhofft sich der Magistrat von der Ergänzung der „Anlaufstelle“ um eine „Beratungsstelle“? 3. In welcher Weise trägt die „Anlaufstelle“ der ursprünglichen Idee einer Meldestelle Rechnung, auch Daten zur Erstellung eines Lagebildes zu erheben?
<p>Nr. 4</p>	<p>Ingo von Seemen Die Linke.</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Das Filmen von Demonstrierenden ist verboten. Trotzdem wurde bei einigen Demos in Wiesbaden die Kameraüberwachung nicht eingestellt. Darunter die Demos: „Moria brennt, evakuiert alle Lager“ am 09.09.2020 und die Spontanversammlung gegen Rassismus in der Polizei vor dem 1. Revier am 03.02.2021.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wieso ist eine zeitnahe Abschaltung der Kameraüberwachung nicht erfolgt? 2. Ist diese Verletzung der Grundrechte nur bei Demonstrationen mit linkem Hintergrund üblich oder wurde die Kameraüberwachung auch bei Demonstrationen aus der rechten und „Querdenker“-Szene nicht beendet? 3. Wurden Aufzeichnungen der Demonstrationen an Ermittlungsbehörden oder andere Behörden/Ämter weitergegeben?
<p>Nr. 5</p>	<p>Brigitte Forßbohm Die Linke</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Von aufmerksamen Bürgerinnen und Bürger haben wir zur Einhaltung von Hygieneregeln folgenden Sachverhalt erfahren: Beim Fahrer*innenwechsel wird der Arbeitsplatz oft nicht desinfiziert. Des Weiteren haben wir erfahren, dass dem geäußerten Wunsch nach Desinfektionsspendern in Bussen seitens ESWE Verkehr gegenüber Vertreter*innen des Seniorenbeirats geäußert wurde, dass dies nicht vorgesehen ist.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Hat der Magistrat Kenntnis, ob es häufig vorkommt, dass beim Fahrer*innenwechsel der Arbeitsplatz nicht desinfiziert wird? Wenn ja, wie oft kommt dies vor?

		<ol style="list-style-type: none"> 2. Kann der Magistrat auf ESWE Verkehr einwirken, dass sich dies ändert - ggfs. durch Schulung und Sensibilisierung des Personals? 3. Sieht der Magistrat eine Möglichkeit, dem Wunsche von Nutzer*innen des ÖPNV in Wiesbaden nach Desinfektionsspendern in Bussen zu entsprechen?
Nr. 6	Denis Seldenreich AfD Dez. I z.w.V.	<p>Kurz vor der Entscheidung über die Genehmigung der Zielabweichung für das Ostfeldprojekt in der Regionalversammlung Südhessen informierte die LHW die Presse mit einer Pressemitteilung vom 04.05.2021 darüber, dass laut US-Streitkräften die Verlegung der Sichtflugroute zum Jahreswechsel 2020/ 2021 erfolgt sei.</p> <p>In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Handelt es sich bei der neuen Sichtflugroute, die jetzt identisch sein soll mit der Instrumentenflugroute, um eine Zusage für eine dauerhafte Änderung? 2. Haben sich die US-Streitkräfte Ausnahmen offen gelassen und falls ja, welche sind dies? 3. Können die US-Streitkräfte im Prinzip jederzeit bei Bedarf von der neuen Sichtflugroute abweichen?